

Instrumentum laboris stark erweitert worden sind. Schließlich liegen auf diesem Feld die *konkreten pastoralen Probleme*, denen sich die Bischofssynode unter dem Generalthema Versöhnung und Buße in jedem Fall stellen müssen. Liest man die einschlägigen Abschnitte des Instrumentum, fallen zwei Grundzüge ins Auge: Zum einen wird die breite Palette von Formen angesprochen, in denen sich christliche Buße vollzieht. Das Dokument handelt von der Taufe als grundlegendem Sakrament der Umkehr, zählt „alltägliche Formen der Buße“ auf (es wird auf die Bedeutung von Fasten, Gebet und Almosen als Bußwerken hingewiesen) und erwähnt die sündenvergebende Wirkung der Eucharistie. Nichtsakramentale Bußgottesdienste werden ausdrücklich empfohlen; sie seien nicht nur didaktisch-pädagogisch wertvoll, sondern hätten auch einen „gewissen Heilswert“.

Das eindeutige Schwergewicht liegt aber doch auf der *Unverzichtbarkeit* und der Bedeutung der *sakramentalen Einzelbeichte*. Sie wird allerdings nicht nur einfach dekretiert, sondern theologisch wie anthropologisch begründet. Das Dokument betont zum einen die Notwendigkeit des Bußsakraments zur Sündenvergebung aufgrund seiner Verwurzelung in der von Jesus Christus gestifteten, an die Vermittlung der Kirche gebundenen Heilsordnung. Zum anderen versucht es zu zeigen, daß die Form der Einzelbeichte dem Wesen des Menschen angemessen sei und auch „tiefen psychologischen Bedürfnissen“ entspreche. Das aufrichtige Bekenntnis der einzelnen Sünden vor Gott zerbreche die Fesseln der Sünde und lege ihre Wurzeln bloß. Im „persönlichen sakramentalen Dialog“ mit dem Priester werde dem Sünder das Wort der Vergebung in seine konkrete Situation hinein zugesprochen. Es wird ein langes Zitat aus „Redemptor hominis“ angeführt, wo Johannes Paul II. davon spricht, daß die Kirche durch die Bewahrung der Praxis der individuellen Beichte in Verbindung mit dem persönlichen Akt der Reue und dem Vorsatz, sich zu bessern und wiedergutzumachen, das „besondere Recht der menschlichen Seele“ verteidige. Nicht ohne großen

Schaden für die Gläubigen, so das Dokument, sei vielerorts der Empfang des Bußsakraments „quantitativ und teilweise sogar qualitativ“ zurückgegangen.

Das Instrumentum laboris beklagt, daß in den letzten Jahren Priester entgegen den Vorschriften der Kirche ohne zwingenden Grund die sakramentale Generalabsolution gespendet hätten; es empfiehlt den Empfang des Bußsakramentes auch zur Vergebung von „läßlichen Sünden“ und bekräftigt, die Beichte bei den Kindern müsse der Erstkommunion vorausgehen.

Grundlegende Fragen kaum gestellt

Das eindringliche Plädoyer des Dokuments für die sakramentale Einzelbeichte läßt einige *Fragen* offen, die in der Diskussion der letzten Jahre immer wieder gestellt worden sind. So geht es an keiner Stelle auf die Defizite der früheren Bußpraxis ein, die nicht zuletzt zum Rückgang der Beichte geführt haben. Die tiefgreifenden Veränderungen der kirchlichen Bußpraxis von der altkirchlichen Exkommunikationsbuße über die frühmittelalterliche Tarifbuße bis zu der scholastisch-tridentinischen Betonung des individuellen Sündenbekenntnisses mit dem jeweiligen theologischen und frömmigkeitsgeschichtlichen Kontext kommen zu wenig in den Blick. Die traditionelle Unterscheidung zwischen Todsünden, die nur durch die sakramentale Lossprechung vergeben werden können, und den läßlichen Sünden wird aufgenommen, ohne daß über die Problematik der Begriffe reflektiert würde.

ZdK: Besinnungspause?

Die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 29./30. April war eine Routinesitzung wie viele vorausgegangene auch. Es gab weder herausragende Diskussionen noch wurden irgendwelche über den Tag hinausweisende Initiativen sichtbar, noch gab es irgendein Dokument von Bedeutung zu verabschieden. Man hielt sich an

Schließlich wird eine klare Trennungslinie zwischen dem Bußsakrament und den übrigen Bußformen gezogen, aber sie wird mehr behauptet als durch Überlegungen zur Eigenart des Sakramentalen begründet.

Das Instrumentum ist kein *thematischer Fahrplan* und kein umfassender Problemaufriß für die Vollversammlung der Bischofssynode, sondern dient primär der *Vorbereitung*. In diese Vorbereitung wurde im übrigen auch die Internationale Theologenkommission eingeschaltet, die in den letzten Monaten Vorarbeiten zum Thema der Synode geleistet hat. In jedem Fall bietet das Dokument durchaus bemerkenswerte Aspekte zum Thema „Buße und Versöhnung im Sendungsauftrag der Kirche“: Die christliche Botschaft von Umkehr und Versöhnung wird auf dem Hintergrund der Gegenwartssituation entfaltet; die kirchliche Bußpraxis wird theologisch und anthropologisch zu verorten gesucht. Gleichzeitig ist das Dokument auch Beleg für das nicht spannungsfreie Nebeneinander verschiedener Sprachspiele, mit denen in Kirche, Theologie und Verkündigung heute über Buße, Sünde und Versöhnung geredet wird. Es wird bei der Vollversammlung einiges davon abhängen, daß sich der Blick nicht zu schnell auf die Sorge um die Förderung der Einzelbeichte verengt, weil dabei leicht die grundlegenden Fragen in den Hintergrund treten: Was heute Sünde heißt, warum zum Leben des Christen Umkehr gehört und in welchen Dimensionen sie sich entfalten muß und wie eine Bußpastoral aussehen könnte, die den unterschiedlichen Lebenssituationen Rechnung trägt. U. R.

das, was vom Tagesgeschehen her anfiel, versuchte zu erläutern oder zu begleiten, was von anderen Gremien (Deutsche Bischofskonferenz) und Vorgängen (Bundestagswahl vom 6. März) aufgegeben war, und erneuerte die bestehenden acht Kommissionen und drei Arbeitskreise (der vierte, über Freizeit, wurde nicht mehr weitergeführt).

Freude über das Heilige Jahr

Der Präsident, der Bayerische Kultusminister *Hans Maier*, befaßte sich in seinem üblichen „Bericht zur Lage“ vor allem mit der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem 6. März, daneben aber auch mit der (weiter verschlechterten) Lage der Kirche in der Tschechoslowakei und der deutschen Minderheit in Rumänien und mit dem *Heiligen Jahr*. Letzteres deutete Hans Maier als eine der Absicht des Papstes entsprechende Gelegenheit zu einer *Selbstbesinnung auf den Grundvollzug der Kirche*, „zu einer Neuentdeckung der Frohbotschaft der Erlösung als des eigentlichen Zentrums, das Christentum ausmacht“. Nicht das Organisatorische solle dabei im Vordergrund stehen, kein Aktionismus entfaltet, sondern „das Gewöhnliche ... auf außergewöhnliche Weise begangen werden“. Er habe den Eindruck, 20 Jahre nach dem Konzil und dem Kraftakt seiner Reisen – die aber (Anm. d. Red.) demnächst mit Polen, Österreich und der Schweiz weitergehen – und nach der Entfaltung seines theologischen Denkens in den beiden Enzykliken „Redemptor hominis“ und „Dives in misericordia“ komme es dem Papst darauf an, „die Weltkirche zu einer schöpferischen Pause der Besinnung einzuladen“. Innezuhalten und sich auf das Wesentliche des Christentums – im Alltag – zu besinnen, darin sah Maier „20 Jahre nach dem II. Vatikanischen Konzil mit seinem großangelegten Versuch eines Aggiornamento der Kirche an unsere Zeit“ und „fast 10 Jahre nach der gewaltigen Anstrengung aller Kräfte unserer Kirche in der Synode der Bischöfe in der Bundesrepublik Deutschland“ eine Einladung auch an die Kirche in Deutschland und „konkret für unsere Räte und Verbände“.

Der Bericht des Präsidenten war begleitet von einem Rechenschaftsbericht aus dem Generalsekretariat – in dem der in den Bundestag gewählte *Friedrich Kronenberg* in *Vincens M. Lissek* einen geschäftsführenden Helfer erhalten hat – mit den sehr technischen Berichten über die Arbeit

der Kommissionen. Professor *Franz Böckle* gab einen Überblick über die jüngste Friedensdiskussion (vor allem im katholischen Bereich) und eine Erläuterung der im wesentlichen auf seine Autorschaft zurückgehenden Kernaussagen des Friedenshirtsbriefs der deutschen Bischöfe (vgl. ds. Heft, S. 260). Und Prof. *Hans Buchheim* hielt – Samstags früh, leider vor fast leeren Tischen – als rückblickende Besinnung auf das Jahr 1933 einen höchst bemerkenswerten, für den politischen Unterricht in den oberen Klassen der Gymnasien äußerst hilfreichen Vortrag über die „Totalitäre Bedrohung des Menschen“ und die sittliche Zersetzung, die von einem totalitären Regime auf Staat, Gesellschaft und einzelnen ausgeht. Im übrigen beschäftigten sich die Delegierten wieder einmal vor allem mit Katholikentagen – mit dem vergangenen in Düsseldorf, mit dem fürs nächste Jahr vorgesehenen in München – und auch schon mit dem übernächsten 1986 in Aachen.

Noten für die Bundesregierung

Trotz dieses Routinecharakters konnte die Versammlung knappe zwei Monate nach der Bundestagswahl, unmittelbar nach der Veröffentlichung des Friedenshirtsbriefs der deutschen Bischöfe und wenige Tage vor der Regierungserklärung des Bundeskanzlers eines gewissen Interesses sicher sein. Zwei Fragen interessierten vor allem: Was würde oder möchte der im Zentralkomitee organisierte deutsche Katholizismus der neuen Bundesregierung mit auf den Weg geben? Und wie stellt sich das ZdK dem Friedenshirtsbrief der Bischöfe?

Die Antwort auf die erste Frage war: deutliche *Genugtuung über den Wahlausgang*, unionseingefärbte Begleitung der Bundesregierung in der Wirtschafts-, Sozial- und vor allem Beschäftigungspolitik; grundsätzliche Zustimmung, verbunden mit deutlichen Forderungen und erkennbarer Skepsis gegenüber den praktischen Auswirkungen der bisherigen Regierungspolitik auf die Familie, zur Familienpolitik. Was Hans Maier in seinem

Bericht über die Wahlen und in seinen Anmerkungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im allgemeinen und zur Beschäftigungspolitik im besonderen ausführte, hätte auch in der Regierungserklärung eines jeden Unionskanzlers oder Ministerpräsidenten stehen können. Die Katholiken hätten sich für eine *Politik der Stabilität* nach innen und außen ausgesprochen und in ihrer großen Mehrheit den Kräften eine Absage erteilt, die die freiheitliche Demokratie des Grundgesetzes in Frage stellen und die Sicherheit und Freiheit unseres Landes aufs Spiel setzen wollen. Der Appell des Zentralkomitees, nur demokratische Parteien zu wählen und dafür zu sorgen, daß der Staat regierbar bleibt, sei verstanden worden. Für die nächste Zukunft formulierte Maier die Hoffnung, „daß die Katholiken sich auch in Auseinandersetzungen der kommenden Monate gegen alle Versuche zur Wehr setzen werden, mit Boykottandrohungen und Widerstandsmaßnahmen den in einer Demokratie notwendigen Gesetzesgehorsam zu stören, politische Entscheidungen zu verhindern und das Wählervotum zu verfälschen“.

Auch zur *wirtschaftspolitischen Lage* sagte Maier wenig, was nicht auch in den Reden von Unionspolitikern zu hören ist: die erforderliche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die Sanierung der Rentenversicherung, die notwendige Anpassung der Sozialleistungen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Bewältigung technischer Neuerungen und die Überwindung der strukturellen Verzerrungen bildeten ein Geflecht unterschiedlicher Aufgaben, die nicht auf einmal gelöst werden könnten. Da die jetzt erforderlichen wirtschafts-, finanz-, sozial- und bildungspolitischen Maßnahmen gegenseitig in einem Wirkungszusammenhang stünden, ließen sich die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre auch nur allmählich überwinden.

Anschluß an die Bischöfe

Hatte die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Vollversammlung mit solchen Unions-O-Ton-gleichen Formulierungen keine Schwierigkeiten,

so gab es beim Thema Beschäftigungspolitik doch deutlich Widerspruch. Maier zitierte zwar die Aufforderung aus der Erklärung der „Gemeinsamen Konferenz“ von Bischofskonferenz und ZdK vom 5. November 1982 (vgl. HK, Dezember 1982, 594–603), alle Bürger, nicht nur die verantwortlichen Politiker und Sozialpartner, sollten bezüglich der Beschäftigungspolitik ihre Aufgaben erkennen und zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit aus „verfestigten Denkformen“ herausfinden. Aber Maier selbst setzte außer „Abstrichen an den bisherigen Erwartungen“ ganz auf „die sich jetzt abzeichnenden Ansätze für eine konjunkturelle Belebung“. So wichtig sozialpolitische Leistungen auch seien, eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungsanlage sei nur zu erreichen, wenn mehr investiert, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gesteigert und so die Voraussetzungen für *wirtschaftliches Wachstum* neu geschaffen werden.

Maier fand zwar teilweise Unterstützung bei *Josef Stingl*, dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, aber gegen die zu einfache Wachstumsthese wandte sich neben dem Bundesvorsitzenden der KAB, dem Bundestagsabgeordneten *Alfons Müller* (CDU), vor allem die stellvertretende Bundesvorsitzende der Sozialausschüsse und Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, *Irmgard Blätzel*: An vier bis sechs Prozent Wachstum glaube kein Mensch mehr. Und SPD-MdB *Heinz Rapp* forderte eine neue Definition des Begriffs Arbeit. Auch in einer anderen Frage wurde, nicht am Präsidenten, der sich hier in voller Übereinstimmung mit dem Plenum fand, sondern am Bundeskanzler Kritik laut, dem vorgeworfen wurde, er habe zwar in der Frage der Rettung von Robbenbabys zu einer klaren Haltung gefunden, aber bezüglich des § 218 alles unklar gelassen. Da auch die Regierungserklärung diesbezüglich keine Klarheit brachte – es sei „umstritten“, Schwangerschaftsabbrüche wegen einer Notlagenindikation mit Steuergeldern und Krankenhausbeiträgen zu finanzieren und der diesbezügliche Verweis auf die bevorstehende Entscheidung des Bundesver-

fassungsgerichts war alles, was an Klarheit diesbezüglich herauskam – und da gerade die Punkte, die der katholischen Kirche besonders am Herzen liegen – Ausländerpolitik, Entwicklungspolitik – in der Regierungserklärung besonders unbestimmt blieben oder jedenfalls nicht im Sinne der Kirche ausfielen, dürfte bald die einzige in Richtung Bundesregierung kritische Frage Maiers akut werden, ob denn in dieser Politik so etwas wie ein „geistiges Fundament“ sichtbar werde.

In der Friedensfrage suchte das ZdK Anschluß an den *Friedenshirtenbrief der Bischöfe*. In einer erst nach dem Erscheinen des Hirtenbriefs formulierten Passage seines Lageberichts stellte Maier etwas lapidar Übereinstimmung der Bischöfe mit der Position des Friedenspapiers des Zentralkomitees von 1981 (Zur aktuellen Friedensdiskussion; vgl. den Wortlaut in: HK, Dezember 1981, 624–630) und untermauerte diese Übereinstimmung vor allem mit Punkten, die auch nicht entfernt in einer Spannung zur Sicherheitspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung stehen und sich in keiner Weise mit Positionen der Friedensbewegung berühren: das theologische Fundament des Friedens, keine Verkürzung der Friedensfrage auf Rüstungsfragen, Bedrohung des Friedens durch totalitäre Systeme, die enge Verknüpfung von Frieden und Recht, die Notwendigkeit einer politischen Strategie der Kriegsverhütung usw. Wenn Vertreter des Bundes der deutschen katholischen Jugend feststellten, Maier wolle das Hirtenwort der Bischöfe für die eigene Position vereinnahmen und „bayerisch fingerhahelnd“ über den Tisch ziehen, dann war dies Bild so falsch nicht. Selbst der immer konziliante Bischof von Aachen und bischöfliche Assistent des ZdK, *Klaus Hemmerle*, machte zwar keine Gegensätze aus, fand aber doch beträchtliche Unterschiede in den beiden Papieren.

Die Position der amerikanischen Bischöfe (vgl. ds. Heft, S. 255), auf die Maier nicht einging, erläuterte allein Böckle und machte auf die Spannung zwischen dieser und dem Schreiben der deutschen Bischöfe deutlich: Die

deutschen Bischöfe hätten der Versuchung widerstanden, sich auf die Diskussion von Kriegsszenarios einzulassen; sie könnten und dürften verlangen, daß *jeder* Krieg mit allen Mitteln verhindert werden muß.

Sicherlich gibt es sachlich eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem ZdK-Papier und dem Friedenshirtenbrief der deutschen Bischöfe; die Differenzen in der Sache dürften sogar wesentlich geringer sein als zwischen den deutschen und den amerikanischen Bischöfen; aber es fällt ein deutlicher *perspektivischer Unterschied* auf: das ZdK argumentierte seinerzeit ganz überwiegend rein *politisch*, um nicht zu sagen parteipolitisch, die Bischöfe beschränken sich auf die Erschließung der *moralischen* Kriterien; auch sie tun der gegenwärtigen Regierung dabei nicht weh, aber die Bischofskonferenz hat es immerhin – vielleicht zum erstenmal – geschafft, zu einem erstrangigen politischen Thema ohne parteipolitische Rücksichten Stellung zu nehmen. Das Zentralkomitee hinkt diesbezüglich noch so gut wie in allen Fragen nach.

Eine eigene Art von Hektik

Vielleicht hat das neben der unbestreitbaren Nähe der meisten Führungspersonen des ZdK zu einer bestimmten Parteiengruppierung auch mit einer ganz eigenen, hier schon einmal angesprochenen (vgl. HK, Dezember 1982, 576) Hektik zu tun, die seit der neuen *Wertschätzung der Katholikentage* das ZdK erfaßt hat: der eine Katholikentag jagt den anderen, und bevor die einschlägigen Arbeitsstellen und Beratungsgremien auch nur in Versuchung kämen, daraus Konsequenzen abzuleiten oder dort gemachte Erfahrungen zu vertiefen, muß schon der nächste vorbereitet werden. Von dieser Hektik scheinen zunehmend nicht nur die einschlägigen Arbeitsstäbe, sondern auch die Fachkommissionen erfaßt zu werden. Die meisten Kräfte werden so durch Katholikentage absorbiert, für eigenständige Themenarbeit mit Tiefenwirkung bleibt keine Zeit. Vor Düsseldorf sprach Maier von einer möglichen Unterbrechung nach München.

Jetzt scheint nach einer Befragung bei Räten und Verbänden daraus wieder nichts geworden zu sein. So können auch Räte und Verbände sich mancherlei *notwendige Nachdenklichkeit* sparen und sagen dann einfach das, was und wie es politische und sonstwie geistige Verwandte für gewöhnlich auch sagen. Die „Pause der Besinnung“, die Maier im Zusammenhang mit dem Heiligen Jahr anrät, täte also gerade dem ZdK selbst gut. Vielleicht setzte sich dann sehr bald die Überzeugung durch, daß wenn schon nicht

zur Friedensfrage, da dieses Feld bereits dicht besetzt ist, wohl aber beispielsweise zum Thema Arbeit, als der auf absehbare Zeit zentralen sozial- und gesellschaftspolitischen Frage, ein eigenständiger Beitrag vom ZdK zu leisten wäre. Möglich müßte ein solcher Beitrag sein. Personell ist das ZdK für diese Frage nicht einmal so schlecht ausgestattet, und die Bischofskonferenz bliebe dann, was längst notwendig wäre, wenigstens von vorletzten Worten zu vielen gesellschaftlichen Fragen entlastet. D. S.

Begleiterscheinung ehrenamtlicher Arbeit“, ihr Sinn liege aber in der „*qualitativen Verbesserung*“ der sozialen Dienste.

Diese Gewichtung wurde sowohl von den Verbandsvertretern wie von den wissenschaftlichen Experten geteilt. Sie vertraten einhellig die Auffassung, daß Ehrenamtliche nicht als billige Hilfskräfte mißverstanden werden dürfen und daß die Betrachtung freiwilliger Hilfe vornehmlich unter Kostengesichtspunkten von vornherein falsch sei, weil freiwillige und hauptberufliche Hilfe nur sehr beschränkt austauschbar ist.

Obwohl in den zurückliegenden Jahren zweifellos in den meisten sozialen Diensten Professionalisierung nicht nur betrieben, sondern übertrieben wurde und obwohl aus diesen und vielen anderen Gründen die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit nachgelassen zu haben scheint, ergab der *deskriptive* Teil der Anhörung ein überraschend positives Bild. Die eindrucksvollen Erfahrungsberichte Ehrenamtlicher für sich allein hätten noch als nicht repräsentativ relativiert werden können, sie wurden aber ergänzt durch generalisierende Überblicke, die bemerkenswerte Fakten lieferten.

Ehrenamtliche Hilfe: Ein Weg zu mehr Menschlichkeit

Seit die – quantitativen und qualitativen – Grenzen des Sozialstaates in aller Munde sind und seit die vielfältigen Selbsthilfe-Aktivitäten alternativer Gruppierungen öffentlich in Erscheinung treten (vgl. HK März 1983, 113 ff.), ist die ehrenamtliche Arbeit überraschend wieder ein beachteter Gegenstand sozialwissenschaftlicher Analysen und gesellschaftspolitischer Diskussionen geworden. Bis vor relativ kurzer Zeit war die Reputation der Ehrenamtlichen einigermaßen begrenzt. Man sah in ihnen vielfach nur liebenswürdige Idealisten, die sich mit großem Einsatz, aber wenig Kompetenz in die Arbeit der Hauptamtlichen einmischen. Neuerdings wird die ehrenamtliche Arbeit als wirksamstes Gegenmittel gegen das einst vom ehemaligen Bundespräsidenten Walter Scheel beschworene „Sinken der seelischen Temperatur in unserem Land“ (vgl. HK, Dezember 1979, 591) und als unverzichtbarer Bestandteil des sozialen Lebens wieder entdeckt.

Eine auffällige Wiederaufwertung

So stieß dann auch eine am 23. April dieses Jahres im baden-württembergischen Landtag durchgeführte öffentliche Anhörung zu diesem Thema auf ein beachtliches Interesse. Die Veranstaltung der CDU-Landtagsfraktion, bei der ehrenamtlich Tätige ebenso zu Wort kamen wie Vertreter aus Wissen-

schaft, Politik und Verbänden, hatte sich zum Ziel gesetzt, erstmals in solcher Breite über die Vielfalt ehrenamtlicher Arbeit zu *informieren* und zugleich *Analysen* und *Perspektiven* für ihre weitere Entfaltung zu entwickeln. Damit sollte nicht nur die öffentliche Resonanz für das Thema zusätzlich erhöht, sondern indirekt auch latent vorhandene Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit mobilisiert werden. Obwohl man Bereiche mit großem Potential an Ehrenamtlichen wie Parteien, Sport- und Musikvereine etc. ausklammerte und sich ausdrücklich auf die sozialen Dienste beschränkte, zog die Anhörung zur Überraschung auch der Veranstalter über tausend Zuhörer an, was einmal mehr die Aktualität des Themas unterstreicht.

Die naheliegende Vermutung, die Politik habe die Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit erst wieder erkannt, als sie durch die Finanzlage des Sozialsystems dazu gezwungen wurde, ist sicher nicht ganz falsch. Daß die knappen Kassen sich gewissermaßen als Denkhilfe ausgewirkt hatten, wurde von den Politikern auch keineswegs bestritten. Deziert stellte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, *Erwin Teufel*, allerdings bereits in seiner Einführung fest, die Aufwertung ehrenamtlicher Arbeit sei „kein politischer Trick, um die Finanzmisere zu beheben, in die das System der sozialen Sicherheit geraten ist“. Spareffekte seien höchstens „eine erfreuliche

Der Vorteil der persönlichen Nähe

Professor *Gerhard Schmidtchen* (Zürich) wies auf neueste Untersuchungen hin, nach denen 11% der über 16jährigen in der Bundesrepublik in irgendeiner Form ehrenamtliche Tätigkeit im sozialen Bereich ausüben. Weitere 6% wären ansprechbar, 23% würden sich die Sache überlegen. Jüngere Menschen und Personen mit längerem Bildungsweg weisen jeweils überdurchschnittliche Anteile auf. Schmidtchen zog daraus die optimistische – vielleicht etwas zu optimistische – Konsequenz, die Bundesrepublik sei „auf dem Weg zu einer aktiven Gesellschaft“. Er wurde darin vom Präsidenten des Diakonischen Werkes der EKD, Professor *Theodor Schober*, unterstützt, der einer, wie er sagte, „vielfach ungerechtfertigten Kritik an